

Mehr Sicherheit, weniger Bürokratie

Als der Ortenaukreis angekündigte, eine Bezahlkarte für Asylbewerber einzuführen, löste das bundesweit ein Medienecho aus. Dabei ging es aber nicht um Politik, sondern um mehr Sicherheit.

■ Von Ralf Burgmaier

OFFENBURG Am 12. April hat der Bundestag in Berlin mehrheitlich die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber beschlossen. Landrat Frank Scherer verwies in der Sitzung des Verwaltungsausschusses des Ortenaukreises am Dienstag darauf, dass die europaweite Ausschreibung in Berlin beschlossen worden sei. Bis diese Karte mit Regelungen ausgestaltet sei – aufladbare Geldhöhe, Änderungen der Höhe des Leistungsbezugs und weiteres – dauere es voraussichtlich noch bis Anfang 2025. „Dann sind wir schon zwölf Monate in Betrieb“, sagte Scherer.

Anfang Januar hatte das Landratsamt in einer Pressemitteilung erklärt, dass es eine sogenannte „Social-Card“ eingeführt hatte. Im Sachstandsbericht, die am Dienstag dem Verwaltungsausschuss zur Kenntnisnahme vorlag, war jetzt aber nicht mehr von einer „SocialCard“ die Rede, sondern – weniger PR-getrieben – von einer Bezahlkarte für Asylbewerber. Die Meldung von einer Ortenauer Social Card war, wie Landrat Scherer berichtete, bundesweit auf Medienecho gestoßen. Denn während Bund und Länder angesichts des immer schwerer zu bewältigenden Migrantenzuzugs schon länger über die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber diskutierten, schien der Ortenaukreis in dieser Sache vorzupreschen.

Doch das sei keineswegs der Fall gewesen, stellte Frank Scherer in der Sitzung am Dienstag klar. Deshalb habe er auch eine Einladung zum ARD-Politmagazin Bericht aus Berlin abgelehnt, das ihn zu dieser vermeintlich harten Haltung gegenüber Asylbewerbenden interviewen habe wollen. Das Landratsamt habe laut Scherer mit der Einführung der Be-

zahlkarte für die Ortenau keine politische Entscheidung getroffen, sie war ja auch nicht im Kreistag diskutiert worden, sondern lediglich eine verwaltungstechnische. Wie Scherer ausführte, ging es bei der ersten Einführung einer solchen Bezahlkarte durch eine Kreisverwaltung in Baden-Württemberg um mehr Sicherheit und weniger Verwaltung. Denn das Landratsamt zahlt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz normalerweise Leistungsberechtigten auf ein Konto aus. Bis diese aber alle Papiere für ein Konto zusammenhaben, kann es dauern. In diesem Fall hat das Amt Neuzugängen ohne Konto bis Januar 2024 das Geld bar ausgezahlt. Die Kreisverwaltung sei gezwungen gewesen, mehrmals pro Monat hohe Bargeldauszahlungen in den Räumen des Migrationsamts vorzunehmen. Sowohl das damit verbundene Gefahrenpotenzial, als auch der Personalaufwand hätten hier dringend eine Änderung verlangt.

Keine Überweisungen ins Ausland möglich

Bei den derzeit 327 in Nutzung befindlichen Karten handle es sich um reine Debitkarten, auf die das Migrationsamt die Regelsätze überweise. Karteninhaber könnten frei entscheiden, ob sie mit der Karte bezahlen, oder Bargeld an Geldautomaten abheben. Überweisungen an dritte oder die Einzahlung anderer Personen auf die Karte seien nicht möglich. Damit sei Geldüberweisungen ins Ausland ein Riegel vorgeschoben, was einer politischen Ausgestaltung der Karte dann doch recht nahe kommt. Weitere Restriktionen gebe es derzeit nicht. Sollten Bund und Länder so weit sein, könne das bestehende System angepasst werden, so Scherer.

Dass die Ortenauer Bezahlkarte keine schlechte Sache sein kann, wurde durch eine bemerkenswerte Wortmeldung deutlich. Kreisrätin Jana Schwab von der LiLO, die sonst den meisten Verwaltungsvorschlägen fundamentalkritisch gegenübersteht, sprach von einer Erleichterung für Geflüchtete. Auch die anderen Fraktionen signalisierten eine positive Kenntnisnahme.



327 Bezahlkarten (Symbolbild) werden im Kreis derzeit genutzt.